

Nicht der Terror hat den Krieg hervorgebracht,
sondern der Krieg den Terror

Tschetschenien in drei kaukasischen Kriegen

Paul Roth

Wladimir Putin ist mit absoluter Mehrheit zum neuen russischen Präsidenten gewählt worden. Es wird gemunkelt, dies hat er durch seinen Einsatz für den Krieg gegen Tschetschenien erreicht. Ganz offensichtlich gab es ein Gemenge von Argumenten, die für Putin sprachen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte sich in der Bevölkerung ein Gefühl der Demütigung verbreitet. Die einstige Großmacht war in das Stadium eines Entwicklungslandes abgestürzt. Die Unabhängigkeitsbestrebung Tschetscheniens schien nun auch noch die Russische Föderation aufzulösen. Der senile Jelzin war nicht in der Lage, den wirtschaftlichen Abstieg und die zunehmende Kriminalisierung aufzuhalten. Die erschreckende Kriminalität wurde in der Bevölkerung zumeist Kaukasiern und vor allem Tschetschenen angelastet.

Der erste kaukasische Krieg

Da konnte nur – so die allgemeine Stimmung – eine „starke Hand“ retten. In Putin sah man diese Kraft. Ob der Krieg in Tschetschenien Putin zum Sieg verholfen hat, ist nicht nachweisbar. Er wäre aber nicht gewählt worden, wenn die Mehrheit der Wäh-

ler den Krieg abgelehnt hätte. Die wechselseitigen Aversionen zwischen Tschetschenien und Russland haben jedoch eine lange Vorgeschichte.

Die Tschetschenen sind eines der ältesten Völker des Nordkaukasus. Unter georgischen Königen wurden sie christianisiert, dann seit dem sechzehnten Jahrhundert islamisiert. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts begann Russland mit der Eroberung des Kaukasus. Der berühmteste Widerstandskämpfer war Schamil, der Imam von Dagestan, der einen „heiligen Krieg“ gegen die russischen Truppen führte.

1859 geriet Schamil in russische Gefangenschaft. Einige Jahre darauf legten die Tschetschenen die Waffen nieder. Mehr als eine Million Kaukasier waren in die Türkei geflüchtet. Schamil wurde von Zar Alexander II. ehrenvoll behandelt, der Hass gegen die Russen blieb in seiner Familie jedoch lebendig. Sein Sohn Kasi-Mohama kämpfte im türkisch-russischen Krieg 1877/78 auf türkischer Seite.

Ein Enkel Said Schamils soll im Zweiten Weltkrieg in Berlin Begründer oder Mitbegründer der „Volkspartei der Bergbewohner“ im Kampf gegen Moskau gewesen sein. Nach der Revolution strebten die nordkau-

kasischen Völker nach Autonomie. Im Bürgerkrieg siegten 1920 die Bolschewiki in Tschetschenien. Moskau schnitt 1936 die Grenzen einer Autonomen Republik der Inguschen und Tschetschenen zurecht. Die Tschetschenen, die von den Russen immer als eine Mischung von Räubern und Rebellen angesehen worden waren, erhoben sich 1929 gegen die aufgezwungene Kollektivierung. 1937 liquidierte der sowjetische Geheimdienst das „Volkskommissariat für innere Angelegenheiten“ (NKWD) die „Unzulässigen“.

Verfolgung und Verschleppung

1944 wurden wegen angeblicher Kollaboration mit Deutschland 500 000 Tschetschenen und 91 000 Inguschen nach Mittelasien deportiert. Wie viele Verschleppte dabei ums Leben gekommen sind, ist bisher nicht dokumentiert. Diejenigen, die in die Berge geflüchtet waren, wurden vom NKWD gejagt. Heute gilt die Siedlung Chaibach als nationale Gedenkstätte, am 27. Februar 1944 wurden dort 600 bis 700 Bewohner der Siedlung in einer Scheune verbrannt. Der teils autobiografische Roman „Über Nacht eine goldene Wolke“ von Anatoli Pristawkin aus dem Jahre 1987 (Albrecht Knaus Verlag 1988) gibt einen Einblick in das Schicksal der Tschetschenen.

Der Hass auf Moskau blieb auch nach Stalins Tod, als 1956 Tschetschenen und Inguschen in ihre Heimat zurückkehren durften, wo sich inzwischen andere Menschen niedergelassen hatten. Ein Teil des inguschetischen Gebietes wurde abgetrennt und ins benachbarte Ossetien eingegliedert.

1989 lebten in der Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen 1,27 Millionen Menschen, davon unter anderem 734 500 Tschetschenen, 293 771 Russen,

163 672 Inguschen. Wie viele Menschen heute dort leben, ist unbekannt, da der zweite und der dritte kaukasische Krieg das Land teilweise entvölkert haben. 1992 spaltete sich außerdem im Westen das Gebiet der Inguschen ab. Der Zerfall der Sowjetunion gab den einstigen Unionsrepubliken nach der Verfassung das Recht zur Unabhängigkeit. Den Autonomen Republiken – und Tschetschenien war eine Autonome Republik – war dieses Recht nicht zugestanden worden.

Streben nach Unabhängigkeit

Im Herbst 1989 bildete sich eine Versammlung der kaukasischen Bergvölker, 1991 wurde daraus eine Konföderation der Bergvölker. Diese Konföderation hatte allerdings einen prorussischen und einen protschetschenischen Flügel. Die Situation ähnelt ein wenig der Situation nach dem Ersten Weltkrieg.

In der Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen war 1989, also zur Sowjetzeit, der Tschetschene Doku Sawgajew zum ersten Parteisekretär ernannt worden, er löste einen Russen ab. Noch herrschte die alte Parteinomenklatura. Gegen sie bildete sich 1990 als Opposition ein „Allnationaler Kongress“, der ausschließlich aus Tschetschenen bestand. An seiner Spitze stand der bisherige General Dschochar Dudajew. Der 1991 gescheiterte Putsch in Moskau hatte die Beseitigung Sawgajews zur Folge, weil er angeblich den Putsch nicht verurteilt hatte.

Gegen den Willen Moskaus wurden am 27. Oktober 1991 in der Autonomen Republik Wahlen durchgeführt. Dudajew siegte mit 85 Prozent der Stimmen. Am 2. November 1991 erklärte sich Tschetschenien für unabhängig. Moskau verhängte daraufhin den

Tschetschenien in drei kaukasischen Kriegen

Ausnahmezustand über Tschetschenien-Inguschetien. Dudajew wurde plötzlich zu einer Art Nationalheld im Kampf gegen den „russischen Imperialismus“. In Wirklichkeit war er durchaus nicht der alleinige Herrscher in Tschetschenien. Von alters her spielen dort die Clans oder Sippen („Taip“) eine entscheidende Rolle. Man schätzt etwa 170 solche Taips. Der Taip Dudajews gehörte zu den weniger einflussreichen. In der Heimat des abgesetzten Sawgajew wurde die Herrschaft Dudajews nicht anerkannt.

Wirtschaftlicher Niedergang

Den Ausnahmezustand konnte Moskau nicht durchsetzen. Zur Unterstützung der Opposition gegen Dudajew wurde von Moskau ein Provisorischer Rat unter Umar Aw-turchanow ins Leben gerufen. Die Folge dieser Isolierungspolitik und der Unfähigkeit Dudajews war ein katastrophaler wirtschaftlicher Niedergang in Tschetschenien. Wahrscheinlich war dies auch die Ursache für die fortschreitende Kriminalisierung. Falschgeld wurde in Tschetschenien gedruckt, Eisenbahnzüge wurden ausgeraubt, über den Flughafen Grosny kamen Drogen ins Land. So entstand die berüchtigte tschetschenische Mafia. Jelzin hat diese Mafia später als Argument benutzt, um das Regime Dudajew als kriminell zu diffamieren.

Im Mai 1992 fand in Grosny ein Weltkongress der Tschetschenen und Inguschen statt, der sich für ein unabhängiges Tschetschenien einsetzte. Im September 1992 forderte der tschetschenische Außenminister die völlige Unabhängigkeit.

Ab 1992 versuchte Jelzin Tschetschenien ohne Blutvergießen in der Russischen Föderation zu halten. Er wusste, dass Dudajew selbst gegen innere Feinde zu kämpfen hatte. Im November 1992 wurde ein Abkom-

men über die Entflechtung der russischen und tschetschenischen Truppen geschlossen. Dudajew erhielt Waffen und technisches Material; später stellte sich heraus, dass aus diesem Kontingent siebzig Prozent bereits vorher durch russische Armeeangehörige verkauft worden waren.

Dudajew löste das tschetschenische Parlament auf und verbot die oppositionellen Parteien. Der bereits erwähnte Provisorische Rat bildete im Juni 1994 in Snamenskoe auf inguschetischem Gebiet ein Schattenkabinett der „Regierung der nationalen Wiedergeburt“ unter Premierminister Salambak Chadijew. Dudajew verhängte am 16. September 1994 den Kriegszustand. Ein russischer Panzervorstoß auf Grosny, getarnt als Aktion der tschetschenischen Gegner Dudajews, scheiterte kläglich.

Der zweite kaukatische Krieg

Am 11. Dezember 1994 marschierten russische Truppen in Tschetschenien ein. Der „Blitzkrieg“ misslang. Von russischer Seite war es ein Krieg für die „Integrität Russlands“ und gegen „Kriminelle“. Der Widerstand war erbittert angesichts der Zerbombung und Zerstörung von Städten und Dörfern. Patriarch Alexej II., der Mufti Tschetscheniens, Muhammad Hussein Aslabek Hadschi, die Duma forderten eine Beendigung der Aktion. Medien kritisierten den Krieg, Mütter marschierten in den Kaukasus, um ihre Söhne zu retten. Am 19. April 1995 meldete die russische Regierung, die letzte Rebellenbastion sei erobert. Zuvor war es im tschetschenischen Dorf Samaschki zu einem Blutbad gekommen. Die bewaffneten tschetschenischen Kämpfer hatten das Dorf verlassen, die einrückenden russischen Truppen richteten ein Massaker unter der Zivilbevölkerung an.

Die tschetschenische Antwort war die Geiselnahme eines ganzen Krankenhauses in Budjonnowsk im Juni 1995. Erst danach begannen russisch-tscheschenische Verhandlungen: Abkommen werden abgeschlossen, aber nicht eingehalten. Moskau ersetzt Chadijew durch Doku Sawgajew, auf den bald darauf ein Attentat verübt wird. Am 22. April 1996 wird Dudajew bei einem Raketenangriff getötet, sein Nachfolger wird Selimchan Jandarbijew.

Politischer Status ungeklärt

Am 29. August 1996 erklären der russische General Lebed und der tschetschenische Militärrächer Maschadow das Ende des Krieges. Nach dem Abzug der russischen Truppen im Januar 1997 folgen weitere Verträge zwischen Moskau und Grosny. Doch wird in keinem festgelegt, welchen politischen Status Tschetschenien haben wird. Man spricht von einer Entscheidung im Jahre 2001.

Inzwischen war die prorussische Regierung Tschetscheniens zurückgetreten. Aus den Wahlen im Januar 1997 geht der bisherige Militärrächer Aslan Maschadow mit knapp 65 Prozent als neuer Präsident hervor. Tschetschenien bezeichnete sich als unabhängige Republik Itschkerija. Die Scharia wird eingeführt. Die Verhältnisse sind verworren. Maschadow schlägt im April 1998 eine Kaukasusföderation vor. Der Vertreter des russischen Präsidenten in Tschetschenien, Valentin Wlassow, wird von Unbekannten ermordet. Maschadow verhängt wegen der wachsenden Kriminalität den Ausnahmestand. Im Juli wird ein Attentat auf Maschadow verübt, im September fordern die Kommandeure – besser *Warlords* – das Parlament auf, Maschadow seines Amtes zu entheben.

Die innenpolitischen Machtkämpfe spitzten sich zu. Maschadow wurde beschuldigt, eine zu russlandfreundliche Politik betrieben zu haben. Die Grenze zwischen Regierung und Opposition wurde unscharf, und in Moskau begann man sich Gedanken darüber zu machen, wie man das Pulverfass im Nordkaukasus löschen könnte. Praktisch hatte Moskau die faktisch bestehende Unabhängigkeit Itschkerijas hingenommen. Noch im Herbst 1994 hatte der damalige russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow vollmundig erklärt, mit einem einzigen Fallschirmjägerregiment würde er das Tschetschenien-Problem in zwei Stunden lösen. Doch der Gratschow-Blitzkrieg hatte mindestens 50 000 Menschenleben gefordert und endete mit einer Niederlage Russlands.

Ein dubioses Geheimpapier

Die Zeitschrift *Wostok* (Nr. 2/1999) veröffentlichte ein Dokument, das angeblich vom russischen Geheimdienst gekauft worden war. Nach Angaben von *Wostok* hat der tschetschenische Kulturminister Achmed Sakajew dieses Dokument im April 1998 der deutschen Bundesregierung überreicht. Es handelt sich um „Spezialmaßnahmen zur Neutralisation von Herden des Separatismus im Nordkaukasus (Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan)“. Es ist nicht nachweisbar, ob dieses Dokument echt ist. Andererseits wurden die darin vorgeschlagenen Maßnahmen weitgehend verwirklicht. Der Text beginnt mit der Behauptung, dass die Trennlinie zwischen Christentum und Islam deutlich hervorgetreten sei. Es heißt unter anderem: „Die objektive Realität schiebt die katholisch-protestantische Welt in einen Verbund mit Russland gegen die islamische Bedrohung, die sich in vielen Teilen der Welt

Tschetschenien in drei kaukasischen Kriegen

als immer aktiver erweist. „Dann wird direkt auf den Gefahrenherd Tschetschenien hingewiesen. Es heißt: „Unser Problem ist Tschetschenien. Wir müssen es zum Problem für unsere Verbündeten machen. Unsere Aufgabe besteht darin, die ganze Gefährlichkeit der islamisch-terroristischen Bewegung, die nach eigener Staatlichkeit strebt, zu erläutern und zu demonstrieren.“ Das Ziel der russischen Politik müsse es sein, „das Erscheinen eines so genannten Staates Itschkerija auf der Weltkarte zu verhindern“. Weiter heißt es: „Es ist verbrecherisch, auf die Verteidigung Russlands zu verzichten und eine Reihe von unserer Seite notwendigen Handlungen in Tschetschenien als unmoralisch zu bezeichnen.“ Um das zu erreichen, müsste die „verbrecherisch-terroristische Elite“ gespalten werden: „Jeder muss mit jedem verfeindet sein.“

Gerüchte müssten ausgestreut werden, ganz gleich, ob es sich um eine angebliche Krankheit Maschadows handele oder um geplante Verschwörungen. Entlarvende Artikel müssten vorbereitet werden. Material könnten auch abgehörte Telefon Gespräche liefern. Ein besonders geeignetes Mittel sei die Propaganda im religiösen Bereich angesichts der unterschiedlichen religiösen, islamischen Gruppierungen.

Es heißt unter anderem: „Es ist wichtig zu wissen, dass, wenn es uns glückt, die religiösen Gruppen gegeneinander aufzuhetzen, wir auf lange Zeit die Situation in Tschetschenien unter Kontrolle haben werden.“ Der tschetschenische Nationalismus soll gegen den Islam geschürt werden. Die „massenhafte ideologische Bearbeitung“ soll von einer Informationssperre für Tschetschenien und einer Isolierung des Landes begleitet werden.

Feindliche Aktionen zwischen rivalisierenden Gruppen sollen gefördert werden. So

heißt es auch: „Das wirksamste Mittel für die Entfachung von Leidenschaften ist die Verletzung religiöser Überzeugungen und die physische Beseitigung religiöser Gegner.“ Schließlich heißt es: „Es ist wichtig zu betonen, dass alle unsere Bemühungen und Pläne sich als vergeblich erweisen können, wenn nicht die entsprechende Finanzierung garantiert wird.“

Der dritte kaukasische Krieg

Der Islam spielte eine zunehmend wichtigere Rolle im Tschetschenien-Konflikt. Offiziell wurde im Februar 1999 ein „islamischer Staat“ auf der Grundlage der Scharia ausgerufen. Aus Tschetschenien drangen „Islamisten“ (in der Regel werden sie mit den „Wahhabiten“, den Fundamentalisten, gleichgesetzt) in die Nachbarrepublik Dagestan ein. Im August gingen russische Truppen gegen diese Rebellen in Dagestan vor. Das Kampfgeschehen verlagerte sich auf tschetschenisches Gebiet.

Im April 1999 wurde der russische General Gennadij Schpigun bei der Landung auf dem Flughafen Grosny von Maskierten entführt. Er war in Tschetschenien verhasst, weil er für die Einrichtung von „Filtrationslagern“ im vorhergehenden Krieg verantwortlich gemacht wurde, in denen Tschetschenen festgehalten und misshandelt oder sogar umgebracht worden waren. (Seine Leiche wurde ein Jahr darauf in einem Wald gefunden.) In der ersten Septemberhälfte 1999 kam es zu Bombenanschlägen auf Wohnhäuser in Moskau und Wladimir, die den tschetschenischen Rebellen zugeschrieben wurden. Gegner Jelzins, zu denen auch der ehemalige General Lebed gehört, sind der Auffassung, diese Anschläge seien vom Geheimdienst Moskaus inszeniert worden. Ein russischer Oberleut-

nant, Alexej Galtin, soll dies in tschetschenischer Gefangenschaft bestätigt haben (*Iswestija*, 11. Januar 2000).

Im September rückten russische Truppen in Nordtschetschenien ein, um Ordnung durch Schaffung einer Sicherheitszone zu erreichen. Die Stimmung in der russischen Bevölkerung war inzwischen umgeschlagen. Das Innenministerium teilte unter anderem mit, dass von 1995 bis zum November 1999 im Nordkaukasus 1722 Menschen entführt worden waren und davon 776 befreit (beziehungsweise losgekauft) werden konnten. In Erinnerung war auch noch das Schicksal von drei Briten und einem Neuseeländer aus dem Jahre 1998, die von ihren Entführern geköpft worden waren. Seit November war klar, dass die rund 100 000 in Tschetschenien eingesetzten russischen Soldaten ganz Tschetschenien befreien sollten.

Offiziell ging es nach wie vor nur um die Vernichtung der „Extremisten“. Luftangriffe und Artilleriebeschuss legten Städte und Dörfer in Schutt und Asche. Die meisten Opfer waren Zivilisten. Hunderttausende flohen in Nachbarländer. Die „Säuberungsaktion“ hatte den Charakter eines Vernichtungskrieges angenommen.

Die offiziellen Feindbilder

Die Schuld an dem Chaos in Tschetschenien wurde und wird offiziell mehreren „Feinden“ Russlands angelastet. Da sind einmal die radikalen „Islamisten“, die nicht nur Tschetschenien von Russland abtrennen wollen, sondern auch durch die Ausbreitung ihrer religiösen Ideologie benachbarte Gebiete, ja sogar die christliche Welt bedrohen. Angeblich unterstützen die „Taliban“ in Afghanistan, ferner radikale islamistische Gruppen in Palästina, im Jemen,

in Libyen und weiteren Staaten des Nahen Ostens die Rebellen in Tschetschenien. Nach Angaben des russischen Innenministeriums (INTERFAX, 1. Dezember 1999) sind bis dahin über hundert regierungsunabhängige Organisationen, Fonds und Gesellschaften aufgedeckt worden, die direkt oder indirekt die tschetschenischen Terroristen unterstützen, unter anderem Organisationen in Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Pakistan. Der Kampf gegen den Terrorismus in Tschetschenien sei gleichzeitig ein Kampf gegen ein Zentrum des Weltterrorismus.

Der russische Verteidigungsminister Igor Sergejew beschuldigte die USA, dass sie Russland schwächen und den Nordkaukasus – wegen der Ölpipelines – voll unter ihre Kontrolle bringen wollen. Als Präsident Clinton in einer Erklärung über Tschetschenien Kritik an der russischen Politik übte, äußerte Präsident Jelzin: „Er hat augenscheinlich für eine Sekunde, für eine Minute, für eine halbe Minute vergessen, was Russland ist und dass Russland über ein vollständiges Arsenal von Atomwaffen verfügt.“

„Informationskrieg“ gegen Russland?

Auch die deutsche Außenpolitik wird beschuldigt, durch ihre Haltung die tschetschenischen Terroristen zu unterstützen. Die *Nesawissimajagaseta* (13. Januar 2000) gab einem Artikel zu diesem Thema die Überschrift „Joschka Fischer – Totengräber der russisch-deutschen Beziehungen“. Der russische Vizeaußenminister Sergej Ordjonikidse beschuldigte vor der in Genf tagenden UNO-Menschenrechtskommission die ausländischen Medien, einen „Informationskrieg“ gegen Russland zu führen. Gleichzeitig betreibe Russland in diesem Krieg eine Politik der „Offenheit“. Diese Be-

hauptung steht allerdings auf schwachen Füßen, wenn man verfolgt, wie Journalisten, Vertreter von internationalen Organisationen nach dem Prinzip „Wir zeigen euch, worüber ihr berichten sollt!“ behandelt werden.

Das letzte Beispiel hierfür wurde Anfang April geliefert, als die Menschenrechtskommissarin der UNO, Mary Robinson, davon abgehalten wurde, Gefangenengelager zu besichtigen. Sie kam zu der Überzeugung, dass es sich bei den Gewalttaten nicht um Einzelfälle handele, vielmehr habe man den Verdacht, sie seien von oben und nach einem festen Plan angeordnet. Sie forderte erneut eine internationale Untersuchung.

Proteste gegen den Tschetschenien-Krieg

Am Jahresende schrieb Daniel Brössler in der *Süddeutschen Zeitung* (29. Dezember 1999) unter der Überschrift „Klimawechsel in Russland“, dass erst nach der Dumawahl am 19. Dezember 1999 die russische Opposition klargemacht hätte, dass ihre Unterstützung für den Krieg nicht ewig währe. Dass es vorher bereits Kritik an dem Krieg gegeben hat, kann man der mutigen Zeitung *Moskowskie nowosti* entnehmen. Dort schrieb der Schriftsteller A. Pristawkin (Nr. 44/99, 16. bis 22. November 1999) unter anderem: „Alle Ausreden über die friedlichen Zielsetzungen unserer Truppen (erinnern Sie sich an die Worte über ‚Friedensstiftung‘) darf man nicht ernst nehmen. Die eine Rakete auf den Markt von Grosny reicht, um beliebige schöne Worte zu vernichten.“ Er beklagt ferner, dass die Gesellschaft in Russland bisher dazu geschwiegen habe. Anfang Dezember trafen am „Runden Tisch“ der *Moskowskie nowosti*-Kritiker und Befürworter des Krieges in Tschetschenien

zusammen (Nr. 47/99, 7. bis 13. Dezember 1999). Die zentrale Frage war: „Ist ein Sieg im tschetschenischen Krieg möglich?“ Die einen vertraten den Standpunkt, dass Moskau den Krieg aus politischen Gründen provoziert habe, dass ein russischer Sieg eine Niederlage für Russland sein werde. Die andere Seite sah im Krieg eine unausweichliche Maßnahme der Selbstverteidigung und im Sieg den Beginn einer Wiedergeburt Russlands.

Auf dem Forum des Kongresses jüdischer Organisationen Russlands (INTERFAX, 14. Dezember 1999) warnte der Vorsitzende Wladimir Gussinskij, dass die Politik in Tschetschenien Russland in die Isolation führen könne: „Der Kampf gegen den Terrorismus darf nicht zur Unterdrückung eines Volkes führen, denn das Recht auf Leben hat für alle Nationalitäten Vorrang.“ Mitte Dezember wurde eine internationale Konferenz im Moskauer TASS-Gebäude über den Krieg in Tschetschenien organisiert (*Moskowskie nowosti*, Nr. 49/99, 21. bis 27. Dezember 1999). Es kamen Tschetschenen, die auch untereinander zerstritten waren, sowie 257 Gäste aus Russland, England, Frankreich und Deutschland. Von den eingeladenen Vertretern der offiziellen Institutionen erschien nur Generaloberst Valerij Malinow. Fast alle Teilnehmer verurteilten den Krieg in Tschetschenien – teilweise verbunden mit harten Beschuldigungen der russischen Regierung. Gefordert wurde die Einstellung der Kampfhandlungen. Im russischen Fernsehen hingegen wurde nur der Standpunkt von Generaloberst Malinow verbreitet.

Im Januar 2000 fand in Nabereschnye Tschelny (Tatarstan) eine Zusammenkunft gegen den Krieg statt. Im Februar protestierten in Woronesch „Soldatenmütter Russlands“. Am 19. Februar 2000 demonstrierten

junge Leute in Moskau. In *Moskowskie nowosti* (Nr. 6/2000, 15. bis 21. Februar 2000) konnte man die Überschrift lesen: „Zone der Gesetzlosigkeit. Im befreiten Tschetschenien gilt die Russische Verfassung nicht.“ Am 17. März 2000 behauptete eine Unterzeile in der *Iswestija*: „Die tschetschenische Kampagne hat in der russischen Gesellschaft durchaus nicht jenen Effekt hervorgerufen, der erwartet worden war.“

Seit November 1999 ist Dmitrij Neweroskij Häftling. Er soll wegen Verweigerung des Militärdienstes zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt werden, obwohl die russische Verfassung eine Wehrdienstverweigerung vorsieht. Newerowskij hatte sich unter anderen an Einberufene gewendet, „weil ich der Auffassung bin, dass es nicht zulässig ist, eine Armee zu Repressivmaßnahmen im Lande einzusetzen. Ich bin nicht gegen Repressionen gegen Terroristen, aber ich bin dagegen, dass Städte und Dörfer bombardiert und beschossen werden, Kinder, Frauen und Greise umkommen. Das ist ein Verbrechen gegen das eigene Volk, zu dessen Verwirklichung man einen anderen Teil des Volkes heranzieht – die neunzehn- bis zwanzigjährigen Jüngelchen“ (*Moskowskie nowosti*, Nr. 9/2000).

Ungewisse Zukunft

Am 8. 6. 2000 hat Präsident Putin per Ukas persönlich die Regierungsgewalt über Tschetschenien übernommen. Das Land ist von russischen Truppen besetzt, beziehungsweise von einer Kette von Militärstützpunkten überzogen. Die Präsidialverwaltung ist vorerst auf eine „Übergangsperiode“ von zwei bis drei Jahren festgelegt. Zum neuen Verwaltungschef Tschetscheniens wurde der oberste islamische Geistliche, Mufti Achmed Kadyrow, ernannt.

Achmed Hadschi Kadyrow kämpfte 1994 auf tschetschenischer Seite gegen die russische Armee. 1995 wurde er zum Mufti gewählt. Er gehört zu den Vertretern eines aufgeklärten Islam, die die „Islamisten“ (Wahhabiten) ablehnen. Im September 1999 kam es zu einem Treffen von Putin und Kadyrow. Danach verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Maschadow und Kadyrow. Maschadow entfernte den Mufti aus seinem Amt, drohte mit der Todesstrafe. In den vergangenen zwei Jahren sind drei Attentate auf Kadyrow verübt worden, beim letzten kamen seine Leibwächter, darunter drei Verwandte, ums Leben.

Das MWD hat für die Sicherheit in Tschetschenien zu sorgen. Die tschetschenische Miliz soll in Dörfern und Rayonen für Ordnung zuständig sein. Putin kann die Pressefreiheit in Tschetschenien begrenzen, Meetings verbieten. Von einer Wahl, die zum Beispiel über die Unabhängigkeit Tschetscheniens entscheiden soll, wird nicht gesprochen. Der Partisanenkrieg hält an. Der Hass gegen die Befreier ist ungebrochen. Nicht der Terror hat den Krieg hervorgebracht, sondern der Krieg den Terror. Der stellvertretende Direktor des Instituts für die Wirtschaftsprobleme der Übergangszeit, Alexej Uljukajew, behauptet (*Sogodnya*, 29. Dezember 1999), dass der Krieg in Tschetschenien monatlich etwa vier Milliarden Rubel kostet. Nach Beendigung der Operationen würden die Ausgaben noch weiter steigen. Die Anhebung des Militäretats für das Jahr 2000 bestätigt dies. Ein Teil des Haushaltes, so Uljukajew, ist dazu bestimmt, die Waffenlager aufzufüllen und die Kampfbereitschaft zu perfektionieren. Niemand weiß bisher, was ein Wiederaufbau des zerstörten Landes kosten wird und woher man das Geld dafür bekommen soll. Wie und wo soll man zum Beispiel die

Flüchtlinge in Inguschetien versorgen und ihnen wieder ein Dach über dem Kopf errichten? Der Präsident Inguschetiens, Ruslan Auschew, sagte in einem Interview (*Süddeutsche Zeitung*, 15./16. Januar 2000): „Es gibt in Moskau keinerlei Vorstellung von einer politischen Lösung des Problems. Die Armee kann das Land ein, zwei Jahre an der Gurgel halten. Aber sobald sie ihren eisernen Griff nur wenig lockert, geht alles wieder von vorne los. [...] Statt die Tschetschenen im Kampf gegen die Terroristen auf Moskaus Seite zu ziehen, behandelt man das ganze Volk samt seinem Präsidenten als Feinde.“ Ende 1999 trat der „Konsultationsrat zu Fragen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftsverbrechen beim MWD Russlands“ zu einer Beratung zusammen, die vor allem dem Problem Tschetschenien galt. Es wurden unter anderem zwanzig Thesen formuliert (*Iswestija*, 11. Januar 2000). Diese 13 lautet: „Allein mit dem föderalen Budget ist real ein Wiederaufbau Tschetscheniens nicht möglich. Man muss versuchen, für die Programme des Wiederaufbaus und der Hilfe internationale Finanzinstitute mit heranzuziehen.“

Zweifelhafte Fürsprecher

Am 11. April 2000 veröffentlichte die *Iswestija* den Leserbrief eines Jaroslaw Wasilkow. Er verweist zuerst auf den Auftritt eines Obersts im Fernsehen zum Weihnachtsfest. Dieser habe sich unter anderem zum

Krieg in Tschetschenien geäußert und die Soldaten aufgefordert, das Feuer auf die Feinde zu eröffnen, und danach seine Glückwünsche zum Weihnachtsfest ausgesprochen. Nun – zweieinhalb Monate danach – habe man feststellen können, dass es sich um den Oberst Budanow gehandelt habe. (Dieser Oberst Budanow wird jetzt vor Gericht gestellt werden, weil er eine achtzehnjährige Tschetschenin entführt, vergewaltigt und anschließend ermordet hat.) Wasilkow erwähnt außerdem die Beerdigung von OMON-Soldaten in Perm, die durch die Medien bekannt geworden ist. (Tschetschenische Partisanen hatten eine OMON-Einheit teilweise bei Schani-Wedeno aufgerieben.) Wasilkow zitiert aus der Ansprache eines Kameraden der Toten: „Wir werden Rache üben. [...] Für jeden der Unseren legen wir zig um. [...] Alle bewohnten Siedlungen in Richtung auf Schani-Wedeno und weitere (deren Namen aufgeführt werden) müssen vernichtet werden, vom Angesicht der Erde ausgelöscht werden.“

Wasilkow empörtsich darüber, dass sowohl bei der Ansprache zum Weihnachtsfest als auch nach diesen Worten in Perm niemand protestiert habe. „Kann man das als offizielle staatliche Position ansehen? Wenn das so ist, wie kann man dann bei uns historische Vorwürfe gegen SS-Leute vorbringen, die als Antwort auf die Vernichtung von Autokolonnen in einem Partisanenhinterhalt mehrere Dörfer vom ‚Antlitz der Erde ausgelöscht haben‘?“